## S 5 KA 2007/16

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Vertragsarztangelegenheiten

Abteilung -

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Vertragsärztliche Versorgung –

Wirtschaftlichkeitsprüfung – Festsetzung einer Beratung wegen Überschreitung des

Richtgrößenvolumens - Geltung der

vierjährigen Ausschlussfrist

Leitsätze Für die Festsetzung einer Beratung

gegenüber einem Vertragsarzt wegen unwirtschaftlicher Verordnungsweise gilt

nicht die zum 1.1.2008 für den Richtgrößenregress eingeführte zweijährige, sondern eine vierjährige

Ausschlussfrist.

Normenkette SGB V <u>§ 106 Abs 1a</u> F: 2007-03-26; SGB V

§ 106 Abs 2 S 1 Nr 1 F: 2007-03-26; SGB V § 106 Abs 2 S 2 Halbs 2 F: 2007-03-26;

SGB V § 106 Abs 2 S 7 Halbs 2 F:

2007-03-26; SGB V § 106 Abs 3 S 2 F: 2015-07-16; SGB V § 106 Abs 3 S 3 F: 2019-05-06; SGB V § 106 Abs 5a S 1 F: 2007-03-26; SGB V § 106 Abs 5a S 3 F: 2007-03-26; SGB V § 84 Abs 6 S 4 F: 2001-12-19; SGB V § 84 Abs 8 S 1 F:

2006-04-26; GG Art 20 Abs 3

1. Instanz

Aktenzeichen S 5 KA 2007/16

Datum 27.06,2018

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 KA 2670/18

Datum 28.04.2021

3. Instanz

Datum 06.04.2022

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts Badenâ \( \) \( \) W\( \tilde{A}^1 \) \( \) rttemberg vom 28. \( \tilde{A} \) April 2021 aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zur \( \tilde{A}^1 \) \( \) ckverwiesen.

Â

Grü nde:

I

Â

1

Die Kl $\tilde{A}$  $\alpha$ gerin, die als Fach $\tilde{A}$  $\alpha$ rztin f $\tilde{A}$  $\alpha$ r Allgemeinmedizin an der vertrags $\tilde{A}$  $\alpha$ rztlichen Versorgung teilnimmt, wendet sich gegen eine Beratung im Rahmen der Wirtschaftlichkeitspr $\tilde{A}$  $\alpha$ fung.

Â

2

Die Prüfungsstelle verfügte eine schriftliche Beratung der Klägerin mit der Begründung, dass das RichtgröÃ∏envolumen für Heilmittelverordnungen im Jahr 2011 nach Berücksichtigung von Praxisbesonderheiten um 17,74Â vH überschritten worden sei (Bescheid vom 12.3.2015). Der beklagte Beschwerdeausschuss wies den dagegen gerichteten Widerspruch der KlĤgerin zurück (Beschluss vom 27.1.2016/Bescheid vom 7.3.2016). Das SG hat den Bescheid des Beklagten aufgehoben (Urteil vom 27.6.2018), das LSG die Berufung des Beklagten zurļckgewiesen (Urteil vom 28.4.2021). Zur Begründung hat das LSG im Wesentlichen ausgefÄ1/4hrt, dass der Bescheid des Beklagten rechtswidrig sei, weil der Bescheid der Prüfungsstelle, ohne dass Hemmungstatbestände ersichtlich oder Vertrauensschutz ausschlieÄ $\sqcap$ ende Gesichtspunkte geltend gemacht worden seien, nicht innerhalb von zwei Jahren nach Ende des Jahres 2011 ergangen sei. Nicht nur die Festsetzung eines Regresses wegen ̸berschreitung des RichtgrĶÄ∏envolumens, sondern auch die Festsetzung einer diesbezüglichen Beratung unterliege der zweijĤhrigen Ausschlussfrist. Die Notwendigkeit einer Ausschlussfrist folge aus dem Gebot der Rechtssicherheit. Dabei kA¶nne nicht nach dem Prüfergebnis (Beratung oder Regress) differenziert werden. Es sei einem Arzt unzumutbar, über einen längeren Zeitraum hinweg nicht zu wissen, ob sein Behandlungs- und Verordnungsverhalten Gegenstand von Maà nahmen der Wirtschaftlichkeitsprļfung sei. Bei einer Beratung handele es sich um eine einem Regress vergleichbare, wenn auch weniger einschneidende Sanktion. Wie jede Ma̸nahme der Wirtschaftlichkeitsprüfung ziele auch die Beratung auf eine Verhaltensänderung. Die für RichtgröÃ∏enregresse geltende Verkürzung der

Ausschlussfrist auf zwei Jahre m $\tilde{A}^{1}/_{4}$ sse nach dem Inhalt der Gesetzgebungsmaterialien sowie unter Ber $\tilde{A}^{1}/_{4}$ cksichtigung von Sinn und Zweck der Regelung auch f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Beratung gelten.

Â

3

Mit seiner Revision rýgt der Beklagte eine Verletzung des §Â 106 Abs 2 Satz 7 Halbsatz 2 SGB V (idF des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes vom 26.3.2007, BGBl I 378, im Folgenden: alte Fassung ; in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 2). Nach dem eindeutigen Wortlaut der Norm gelte die dort geregelte zweijährige Ausschlussfrist nur bei Festsetzung eines Mehraufwands, worum es vorliegend nicht gehe. Im Ã□brigen sei â□□ entgegen der Auffassung des LSG â□□ auch der Gesetzesbegründung kein Hinweis darauf zu entnehmen, dass eine Erstreckung der zweijährigen Ausschlussfrist auch auf MaÃ□nahmen der Beratung erreicht werden sollte. Nichts anderes gelte für die Gesetzessystematik. §Â 106 Abs 2 Satz 7 Halbsatz 1 SGB V aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 1) erfasse alle Auffälligkeitsprüfungen. Halbsatz 2 der Vorschrift habe der Gesetzgeber demgegenüber enger gefasst und allein auf die Konstellation bezogen, dass ein Regressbetrag festgesetzt werde.

Â

4

Der Beklagte beantragt, die Urteile des Landessozialgerichts Badenâ∏Württemberg vom 28.4.2021 und des Sozialgerichts Stuttgart vom 27.6.2018 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Â

5

Die KlĤgerin beantragt, die Revision zurĽckzuweisen.

Â

6

Zu Recht und mit zutreffenden Gründen seien SG und LSG davon ausgegangen, dass die zweijährige Ausschlussfrist auch für die Beratung gelte. Jedenfalls die Gesetzesbegründung stütze klar und deutlich die Rechtsauffassung der Vorinstanzen. Die zeitnahe Durchführung der Prüfung sei den Prüfgremien angesichts automatisierter Datenverarbeitung auch ohne Weiteres zumutbar. Von Rechtsanwälten seien vielfach deutlich kürzere Fristen zu beachten.

Â
7
Die Beigeladene zu 1. beantragt ebenfalls, die Revision zurýckzuweisen.
Â
8
Auch sie verteidigt die Entscheidungen der Vorinstanzen. Entgegen der Auffassung des Beklagten sei der Normwortlaut nicht so eindeutig, dass sich die vom LSG vorgenommene Auslegung verbiete. Für die Anwendbarkeit der zweijährigen Ausschlussfrist auch auf Beratungen spreche, dass es sich ebenso wie bei Regressen um MaÃnahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung mit Sanktionscharakter und Steuerungsfunktion handele. Entgegen der Auffassung des Beklagten ergebe sich aus der Gesetzesbegründung, dass die Verkürzung der Ausschlussfrist auf zwei Jahre auch auf die Beratung zu beziehen sei. Eine Differenzierung zwischen unterschiedlichen MaÃnahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung âna Regressen auf der einen Seite und Beratungen auf der anderen Seite âna werde bezogen auf die Ausschlussfrist nicht vorgenommen. Dieses Ergebnis stehe im Einklang mit Literatur und Rechtsprechung und werde im Ãnbrigen durch die Neufassung des § 106 Abs 3 Satz 3 SGB V mit dem Terminserviceân und Versorgungsgesetz (TSVG) bestätigt.
Â
II
Â
9
Die Revision des Beklagten hat im Sinne der Aufhebung des Berufungsurteils und der Zurýckverweisung der Sache an das LSG Erfolg (§ 170 Abs 2 Satz 2 SGG). Die Festsetzung einer Beratung unterliegt auch im Bereich der RichtgröÃ $\Box$ enprþfung einer vierjÃ $\Box$ hrigen Ausschlussfrist, die gewahrt ist. Ob der Bescheid des Beklagten vom 7.3.2016 auch im Ã $\Box$ brigen rechtmÃ $\Box$ A $\Box$ ig ist, kann der Senat nicht beurteilen, weil das LSG â $\Box$ ausgehend von seiner Rechtsauffassung â $\Box$ die hierfÃ $\Box$ 4r erforderlichen Feststellungen nicht getroffen hat.
Â
10

A. Verfahrensrechtliche Hindernisse stehen einer Sachentscheidung des Senats

nicht entgegen.

Â

11

1. Die KlĤgerin ist durch den angefochtenen Festsetzungsbescheid beschwert iS von <u>§Â 54 Abs 1 Satz 2 SGG</u> und daher klagebefugt. Auch bei einer Beratung wegen Ã\| berschreitung von Richtgr\( \tilde{A} \) A\| envolumina um mehr als 15\( \tilde{A} \) vH, jedoch nicht mehr als 25 vH â∏ wie sie hier streitig ist â∏∏ handelt es sich um eine Sanktion (BSG Urteil vom 5.6.2013 â∏ BÂ 6Â KA 40/12Â RÂ â∏∏ SozR 4â∏∏2500 §Â 106 Nr 41 RdNr 10). Der Vertragsarzt gegen den die â∏Beratungâ∏∏ festgesetzt wird, muss sich dieser Ma̸nahme unterziehen, auch wenn diese unter UmstĤnden nur in der Kenntnisnahme des Festsetzungsbescheides besteht. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass die Beratung als Ma̸nahme der Wirtschaftlichkeitsprå¼fung få¼r die rechtlichen Voraussetzungen in anderen Verfahren, etwa in einem Disziplinarverfahren oder auch einem Zulassungsentziehungsverfahren, eine Rolle spielen kann (BSG Urteil vom 5.6.2013 â∏∏ B 6 KA 40/12 R â∏∏ SozR 4â∏∏2500 §Â 106 Nr 41 RdNr 11). Die Festsetzung der Beratung als MaÃ□nahme der Wirtschaftlichkeitsprüfung ist damit ein belastender Verwaltungsakt. Dass die KlĤgerin als Adressatin des belastenden Verwaltungsakts formell beschwert und damit befugt ist, gegen diesen mit der Anfechtungsklage vorzugehen, unterliegt unter diesen UmstĤnden keinem Zweifel. Dass die davon ausgehenden Rechtswirkungen für die Klägerin inzwischen gering sein dürften, hat nicht zur Folge, dass sich der Verwaltungsakt bereits nach §Â 39 Abs 2 SGBÂ X erledigt hÃxtte.

Â

12

2. Die notwendige Beiladung (<u>§Â 75 Abs 2 SGG</u>) der Beigeladenen zu 7. hat der Senat mit deren Zustimmung noch im Revisionsverfahren nachgeholt (§Â 168 Satz 2 Alt 2 SGG). Der Senat nimmt das vorliegende Verfahren zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass in Verfahren der Wirtschaftlichkeitsprļfung neben der Kassenärztlichen Vereinigung (KÃ□V) grundsätzlich sämtliche Verbände der Krankenâ∏ und Ersatzkassen beizuladen sind. Das gilt unabhängig davon, bei welcher Krankenkasse die vom geprüften Vertragsarzt im Prüfzeitraum behandelten Patienten versichert waren. Denn bei der Wirtschaftlichkeitsprå ¼fung handelt es sich um einen einheitlichen Vorgang, an dem die Krankenkassen und deren Verbände ein übergeordnetes, rechtlich geschütztes Interesse haben (BSG Urteil vom 15.4.1986 â $\Pi$  $\Lambda$  6Â RKa 27/84Â â $\Pi$  $\Lambda$  BSGE 60, 69 =Â SozR 2200 §Â 368n Nr 42, juris RdNr 14 f; BSG Urteil vom 5.8.1992 â∏∏ <mark>14a/6Â RKa</mark> 17/90 â $\square$  $\square$  SozR 3â $\square$  $\square$ 2500 §Â 106 Nr 12, juris RdNr 18). Abweichendes gilt lediglich in Verfahren, die auf die Regressfestsetzung zugunsten einer individualisierbaren Krankenkasse gerichtet sind (vgl Frehse in Schnapp/Wigge, Handbuch des Vertragsarztrechts, 3. Aufl 2017, §Â 21 RdNr 53), zB wegen unzulÄxssiger Verordnungsweise im Einzelfall.

Â

13

B. Die Begründetheit der Anfechtungsklage kann der Senat nicht abschlieÃ□end beurteilen.

Â

14

1. Der Bescheid ist formell rechtmäÃ∏ig. Zwar hat die Prüfungsstelle den KlĤger vor der Festsetzung der Beratung mit Bescheid vom 12.3.2015 nicht â∏ wie erforderlich (§Â 24 Abs 1 SGB X) â∏ angehört. Dieser Verfahrensmangel ist hier aber â∏∏ abgesehen von möglichen Auswirkungen auf die Kostenentscheidung des LSG (vgl RdNr 32)Â  $\hat{a} \square \square$  unbeachtlich, weil die Anhörung wirksam nachgeholt worden ist (§Â 41 Abs 1 Nr 3 iVm Abs 2 SGB X). Die Heilung eines Anhörungsmangels kann während des Widerspruchsverfahrens erfolgen, wenn dem Betroffenen hinreichende Gelegenheit gegeben wird, sich zu den fļr die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äuÃ∏ern (BSG Urteil vom 29.11.2017 â∏∏ <u>B 6 KA 33/16 R</u> â∏∏ SozR 4â⊓⊓2500 §Â 106a Nr 17 RdNr 16; BSG Urteil vom 24.10.2018 â∏⊓Â BÂ 6Â KA 34/17 R â∏∏ BSGE 127, 33 = SozR 4â∏∏2500 §Â 106d Nr 2, RdNr 20; BSG Urteil vom 14.7.2021 â∏∏ <u>B 6 KA 12/20 R</u> â∏∏ SozR 4â∏∏2500 §Â 101 Nr 22 RdNr 25 jeweils mwN; val auch BSG Urteil vom 26.7.2016 â∏∏ BÂ 4Â AS 47/15Â R  $\hat{A}$   $\hat{a} \square \square$  BSGE 122, 25 = $\hat{A}$  SozR  $4\hat{a} \square \square 1500$   $\hat{A}$ § $\hat{A}$  114 Nr $\hat{A}$  2, RdNr $\hat{A}$  15). Entsprechendes gilt fýr das Verfahren vor dem Beschwerdeausschuss, das nach §Â 106 Abs 5 Satz 6 SGBÂ V idF des GKVâ∏Modernisierungsgesetzes (GMG) vom 14.11.2003 (BGBI I 2190) und dem damit inhaltlich übereinstimmenden §Â 106c Abs 3 Satz 4 SGB V idF des GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (GKVâ∏∏VSG) vom 16.7.2015 (BGBI I 1211) als Vorverfahren iS des §Â 78 SGG gilt (zur Geltung des <u>§Â 41 Abs 1 Nr 1 SGB X</u> auch im Verfahren vor den Prüfgremien vgl BSG Urteil vom 20.9.1995 â∏ 6 RKa 63/94 â∏ juris RdNr 18 mwN). Vorliegend hatte die Prüfungsstelle der Klägerin in dem Bescheid vom 12.3.2015 die entscheidungserheblichen Tatsachen mitgeteilt, sodass die KlĤgerin im Verfahren vor dem beklagten Beschwerdeausschuss ausreichend Gelegenheit hatte, vor einer abschlie̸enden Verwaltungsentscheidung hierzu sachgerecht Stellung zu nehmen.

Â

15

2. Rechtsgrundlage fÃ⅓r die Festsetzung einer Beratung gegen die Klägerin wegen Ã∏berschreitung des HeilmittelrichtgröÃ∏envolumens im Jahr 2011 ist wegen der MaÃ∏geblichkeit der im geprÃ⅓ften Zeitraum geltenden Rechtslage (BSG Urteil vom 22.10.2014 â∏Д B 6 KA 3/14 R â∏☐ BSGE 117, 149 = SozR 4â∏□2500 §Â 106 Nr 48, RdNr 36 ff mwN) §Â 106 Abs 2 iVm Abs 5a Satz 1 und Abs 1a SGB V aF. Die Wirtschaftlichkeit der Versorgung wird unter anderem durch arztbezogene PrÃ⅓fungen ärztlich verordneter Leistungen bei Ã∏berschreitung der RichtgröÃ∏envolumina nach §Â 84 SGB V

(AuffälligkeitsprÃ⅓fung nach §Â 106 Abs 2 Satz 1 Nr 1 SGB V aF) geprÃ⅓ft. MaÃ□gebend ist hier §Â 84 SGB V in der im Jahr 2011 geltenden Fassung des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) vom 22.12.2010 (BGBl I 2262 im Folgenden: aF). Die Ã□berschreitung der fÃ⅓r Arzneiâ□□ und Verbandmittel vereinbarten RichtgröÃ□envolumina löst gemäÃ□ §Â 84 Abs 6 Satz 4 SGB V aF eine WirtschaftlichkeitsprÃ⅓fung nach §Â 106 Abs 5a SGB V aF unter den dort genannten Voraussetzungen aus. FÃ⅓r Heilmittel gilt diese Regelung nach §Â 84 Abs 8 Satz 1 SGB V aF entsprechend.

Â

16

Der Beklagte hat als MaÃ $\square$ nahme der WirtschaftlichkeitsprÃ $^1$ /4fung eine schriftliche Beratung wegen Ã $\square$ berschreitung der fÃ $^1$ /4r die Verordnung von Heilmitteln maÃ $\square$ gebenden RichtgrÃ $\P$ Ã $\square$ e um mehr als 15 $\^{A}$  vH festgesetzt. Beratungen der VertragsÃ $\square$ rzte nach  $\^{A}$ § $\^{A}$  106 Abs $\^{A}$  1a SGB $\^{A}$  V aF auf der Grundlage von  $\^{A}$  $\square$ bersichten  $\~{A}$ 1/4ber die von ihnen im Zeitraum eines Jahres oder in einem k $\~{A}$ 1/4rzeren Zeitraum verordneten Leistungen  $\~{A}$ 1/4ber Fragen der Wirtschaftlichkeit und Qualit $\~{A}$  $\square$ xt der Versorgung werden ua nach  $\^{A}$ § $\^{A}$  106 Abs $\^{A}$  5a Satz $\^{A}$  1 SGB $\^{A}$  V aF durchgef $\~{A}$ 1/4hrt, wenn das Verordnungsvolumen eines Arztes in einem Kalenderjahr das Richtgr $\~{A}$ 9 $\~{A}$ 1 envolumen um mehr als 15 $\~{A}$  vH  $\~{A}$ 1/4bersteigt und die Pr $\~{A}$ 1/4fgremien nicht davon ausgehen, dass die  $\~{A}$ 1 berschreitung in vollem Umfang durch Praxisbesonderheiten begr $\~{A}$ 1/4ndet ist.

Â

17

3. Entgegen der Auffassung der Vorinstanzen ist der angefochtene Bescheid des Beklagten ýber eine Beratung nicht bereits deshalb rechtswidrig, weil dieser nach Ablauf einer Ausschlussfrist ergangen wäre. FÃ⅓r die streitgegenständliche Festsetzung einer Beratung gilt die allgemeine Ausschlussfrist von vier Jahren. Die mit dem GKVâ□□WSG mW zum 1.1.2008 eingeführte zweijährige Ausschlussfrist des §Â 106 Abs 2 Satz 7 Halbsatz 2 SGB V aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 2) galt demgegenÃ⅓ber fÃ⅓r die Festsetzung von Regressen wegen Ã□berschreitung der RichtgröÃ□envolumina nach §Â 84 Abs 6 und 8 SGB V aF, nicht jedoch fÃ⅓r Beratungen. Die hier maÃ□gebliche vierjährige Ausschlussfrist ist gewahrt.

Â

18

a) Die Vorinstanzen sind im Grundsatz zutreffend davon ausgegangen, dass auch Beratungen nach <u>§Â 106 Abs 5a Satz 1 SGB V</u> aF nur innerhalb einer begrenzten Zeit nach Ablauf des Verordnungszeitraums durchgeführt werden dürfen; das hat im Ã□brigen auch der Beklagte nicht in Zweifel gezogen. Wie das

BSG bereits mit Urteil vom 16.6.1993 (<u>14a/6 RKa 37/91</u> â∏∏ <u>BSGE 72, 271</u> = SozR 3â∏2500 §Â 106 Nr 19) entschieden hat, ergibt sich die Notwendigkeit einer zeitlichen Begrenzung des Prüfverfahrens bereits aus dem rechtsstaatlichen Gebot der Rechtssicherheit (Art 20 Abs 3 GG); greifen die Verjährungsvorschriften nicht ein, so muss der Gefahr eines â∏⊟ewigen Prüfverfahrensâ∏∏ auf andere Weise Rechnung getragen werden. Daher hat es das BSG als sachgerecht angesehen, die in den Büchern des SGB für die VerjĤhrung einheitlich festgesetzte Frist von vier Jahren (zur Geltung auch zB bezogen auf die vertragsĤrztliche Gesamtvergļtung val zuletzt BSG Beschluss vom 4.11.2021 â∏∏ <u>B 6 KA 8/21 B</u> â∏∏ juris RdNr 13 mwN) im Sinne einer zeitlichen HA¶chstgrenze als Ausschlussfrist auch auf das Verfahren zur endgültigen Festsetzung der vertragsärztlichen Honorare zu übertragen (BSG Urteil vom 16.6.1993 â∏∏ 14a/6Â RKa 37/91Â â∏∏ BSGE 72, 271, 275, 277 =Â SozR 3â∏2500 §Â 106 Nr 19 S 109 f, 112, juris RdNr 23, 30). Diese Ausschlussfrist, innerhalb derer der Bescheid ergehen muss, gilt få¼r sachlichrechnerische Richtigstellungen und fA1/4r Bescheide zur Umsetzung degressionsbedingter Honorarminderungen gleichermaÄ∏en wie für Wirtschaftlichkeitsprüfungen (BSG Urteil vom 5.5.2010 â∏ДÂ BÂ 6Â KA 5/09Â R â∏ SozR 4â∏2500 §Â 106 Nr 28 RdNr 28; BSG Urteil vom 11.12.2019  $\hat{a}_{\square}\hat{A}$   $\hat{B}$   $\hat{A}$   $\hat{A}$  mwN).

Â

19

Bei der hier streitgegenstĤndlichen, durch Bescheid gegenļber der KlĤgerin festgesetzten Beratung handelt es sich â∏ wie oben (RdNr 11, 15Â f) dargelegt â∏ um eine MaÃ∏nahme der Wirtschaftlichkeitsprüfung. Damit ist die für Wirtschaftlichkeitsprüfungen geltende vierjährige Ausschlussfrist auch auf eine solche Beratung zu beziehen. Zwar hat das BSG die Geltung einer Ausschlussfrist von vier Jahren in der grundlegenden Entscheidung vom 16.6.1993  $(14a/6\hat{A} \text{ RKa } 37/91\hat{A} \hat{a} \square \square \text{ BSGE } 72, 271, 276 = \hat{A} \text{ SozR } 3\hat{a} \square \square 2500 \hat{A} \hat{s} \hat{A} 106 \text{ Nr} \hat{A} 19$ S 111, juris RdNr 27) auch damit begrýndet, dass der einem vertragsĤrztlichen Honorarbescheid immanente Vorbehalt der VorlĤufigkeit zeitlich begrenzt werden müsse. Auf die Beratung lÃxsst sich das nicht übertragen, weil diese jedenfalls nicht unmittelbar in den zuerkannten Honoraranspruch des Arztes eingreift und mit der Beratung wird auch kein Regress im Hinblick auf die Veranlassung vermeidbarer Ausgaben durch eine unwirtschaftliche Verordnungsweise verfļgt. Insofern unterscheidet sich die durch Bescheid festgesetzte Beratung grundlegend von den finanziell belastenden Ma̸nahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung. Ausschlaggebend ist im vorliegenden Zusammenhang jedoch, dass auch durch die Festsetzung einer Beratung in die Rechte des davon betroffenen Arztes eingegriffen wird (val RdNr 11). Aus dem Gebot der Rechtssicherheit folgt, dass auch das Behandlungsund Verordnungsverhalten des Arztes nicht ohne jede zeitliche Begrenzung Grundlage eines solchen Eingriffs sein kann. Abgesehen davon, dass mit zunehmendem zeitlichen Abstand ein berechtigtes Vertrauen begründet werden

kann, dass der zurückliegende Sachverhalt nicht mehr zum Anknüpfungspunkt für Sanktionen wird, ist zu berücksichtigen, dass es für den Arzt typischerweise schwieriger wird, die Angaben etwa zu lange zurückliegenden Praxisbesonderheiten zu belegen. Aus all dem folgt, dass ein â∏ewiges Prüfungsverfahrenâ∏ auch dann ausgeschlossen ist, wenn als Rechtsfolge kein Regress, sondern â∏⊓nurâ∏ eine Beratung in Frage steht.

Â

20

Etwas Anderes folgt auch nicht aus dem Urteil des Senats vom 22.10.2014 ( BA 6A KA 3/14A R A DA BSGE 117, 149 = A SozR 4A DA SOZR 4A DA NFA 48, RdNrA 80). In dieser Entscheidung ist der Senat davon ausgegangen, dass die PrA¼fungseinrichtungen auch noch nach Ablauf der fA¼r den RichtgrA¶A enregress maA geblichen Ausschlussfrist (zwei Jahre) die MA¶glichkeit haben, einen feststellenden Bescheid zum Vorliegen einer nicht durch Praxisbesonderheiten gerechtfertigten A berschreitung der RichtgrA¶A eum mehr als 25A vH zu erlassen. Daraus folgt aber nicht, dass MaA nahmen der WirtschaftlichkeitsprA¼fung unterhalb der Schwelle des Regresses A¼berhaupt keiner zeitlichen Begrenzung unterliegen.

Â

21

b) Dass die zweijährige Ausschlussfrist nicht für die Festsetzung einer Beratung, sondern allein für die Festsetzung eines Regresses galt, der wegen der Ã $\Box$ berschreitung des RichtgröÃ $\Box$ envolumens nach <u>§Â 84 Abs 6</u> und 8 SGBÂ V aF festgesetzt wird, folgt nach Auffassung des Senats eindeutig aus Wortlaut und Systematik der gesetzlichen Regelung.

Â

22

aa) §Â 106 Abs 2 Satz 7 SGB V aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2) hat folgenden Wortlaut: â□□Auffälligkeitsprüfungen nach Satz 1 Nr. 1 sollen in der Regel für nicht mehr als 5 vom Hundert der Ã□rzte einer Fachgruppe durchgeführt werden; die Festsetzung eines den Krankenkassen zu erstattenden Mehraufwands nach Absatz 5a muss innerhalb von zwei Jahren nach Ende des geprüften Verordnungszeitraums erfolgen.â□□ Während sich der erste Halbsatz allgemein auf Auffälligkeitsprüfungen nach §Â 106 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGB V aF bezieht, gilt die im Halbsatz 2 getroffene Regelung zur Ausschlussfrist allein für â□□die Festsetzung eines den Krankenkassen zu erstattenden Mehraufwands nach Absatz 5aâ□□. Der in Bezug genommene §Â 106 Abs 5a SGB V aF unterscheidet zwischen der Verpflichtung des Arztes, den Krankenkassen den sich aus der Ã□berschreitung des RichtgröÃ□envolumens

um mehr als 25 vH ergebenden Mehraufwand zu erstatten (Satz 3) und der Beratung, die eine Ã\[]berschreitung des RichtgrÃ\[A\]envolumens um lediglich mehr als 15 vH voraussetzt (Satz 1). Mit der Wendung â\[]Festsetzung eines den Krankenkassen zu erstattenden Mehraufwands nach Absatz 5aâ\[] stellt Â\[ A\[ A\[ A\] 106 \] Abs 2 Satz 7 Halbsatz 2 SGB V aF (in der SatzzÃ\[ a\] hlung nach juris Abs 2 Satz 3 geregelten Regress wegen Ā\[ berschreitung des RichtgrÃ\[ A\[ a\] envolumens um mehr als 25 vH her. Anders als bei diesem Regress kommt es bei der Beratung, die als Ma\[ a\] nahme der WirtschaftlichkeitsprÃ\[ a\] fung eine eigenstÃ\[ a\] ndige Regelung in \[ A\[ A\] A\[ a\] 106 Abs 1a SGB V aF erfahren hat, gerade nicht zur Festsetzung eines vom Arzt zu erstattenden Mehraufwandes (Regress). Daher kann die in \[ A\[ A\] A\[ a\] 106 Abs 2 Satz 7 SGB V aF (in der SatzzÃ\[ a\] hlung nach juris Abs 2 Satz 2) fA\[ a\] fun den Regress getroffene Regelung zur Geltung einer zweijÃ\[ a\] hrigen Ausschlussfrist auch nicht auf die Festsetzung einer Beratung bezogen werden.

Â

23

bb) Dem erkennbaren Sinn und Zweck der in §Â 106 Abs 2 Satz 7 Halbsatz 2 SGB V aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 2) getroffenen Regelung lassen sich keine Hinweise darauf entnehmen, dass der Anwendungsbereich der Ausschlussfrist von zwei Jahren auch auf die Festsetzung einer Beratung zu erstrecken wĤre. Sowohl die allgemeine Ausschlussfrist von vier Jahren als auch die in <u>§Â 106 Abs 2 Satz 7 Halbsatz 2 SGB V</u> aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 2) geregelte Ausschlussfrist von zwei Jahren dienen dem Ziel, ein mit verfassungsrechtlichen Vorgaben (vgl RdNr 18) nicht zu vereinbarendes â∏ewiges Prüfverfahrenâ∏ zu verhindern. Daraus folgt zwar, dass auch für die Festsetzung einer Beratung Ausschlussfristen gelten mýssen, nicht aber dass es sich gerade um eine Frist von zwei Jahren handeln muss. Bezogen auf die Frage, welche Ausschlussfristen fA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r welche Ma̸nahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung gelten sollen, kommt dem Gesetzgeber ein weiter Gestaltungsspielraum zu (s\hat{A} unten RdNr\hat{A} 28). Unter diesen Umständen gibt es auch keine Anhaltspunkte für das Bestehen einer planwidrigen Regelungslücke (zu dieser und den weiteren Voraussetzungen einer Analogiebildung vgl BSG Urteil vom 30.1.2020 â∏ BÂ 2Â U 19/18Â RÂ â∏∏ BSGE 130, 25 = SozR 4â□□1300 §Â 105 Nr 8, RdNr 29Â f; BSG Urteil vom 15.12.2020 â∏ <u>B 2 U 14/19 R</u> â∏∏ <u>BSGE 131, 138</u> = SozR 4â∏∏7912 §Â 55 Nr 3, RdNr 15), die durch eine analoge Anwendung der für den RichtgröÃ∏enregress geltenden zweijÄxhrigen Ausschlussfrist auf die Festsetzung einer Beratung geschlossen werden mÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>sste.

Â

24

cc) Entgegen der Auffassung der Klägerin und der zu 1. beigeladenen KÃ□V wird die in erster Linie an Wortlaut und Systematik orientierte Auslegung des §Â 106

Abs 2 Satz 7 Halbsatz 2 SGB V aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 2) auch durch die Gesetzgebungsmaterialien nicht in Frage gestellt. In diesem Zusammenhang ist zunÄxchst darauf hinzuweisen, dass die Gesetzgebungsmaterialien nicht dazu verleiten dýrfen, die subjektiven Vorstellungen der gesetzgebenden Instanzen dem objektiven Gesetzesinhalt gleichzusetzen. Erkenntnisse zum Willen des Gesetzgebers kA¶nnen sich nicht gegenüber widerstreitenden gewichtigen Befunden durchsetzen, die aus der Anwendung der anderen Auslegungskriterien gewonnen werden (BVerwG Urteil vom 21.2.2013 â∏ 5 C 9/12 â∏ BVerwGE 146, 89, juris RdNr 16). Bei der Auslegung von Normen dürfen die Gesetzesmaterialien nur unterstützend und insgesamt nur insofern herangezogen werden, als sie auf einen â∏⊓objektivenâ∏∏ Gesetzesinhalt schlieÃ⊓en lassen und im Gesetzeswortlaut einen Niederschlag gefunden haben (stRspr; vgl zB BSG Urteil vom 14.7.2021 â∏∏ BÂ 6Â KA 15/20Â R â∏∏ BSGE = SozR 4â∏∏5520 §Â 32 Nr 6 RdNr 36; BVerfG Urteil vom 16.2.1983 â∏ 2 BvE 1/83 ua â∏ BVerfGE 62, 1, 45, juris RdNr 124; BVerfG Urteil vom 9.7.2007 â∏ 2 BvF 1/04 â∏ BVerfGE 119, 96, 179, juris RdNr 219 RdNr 16; BFH Urteil vom 4.4.2019  $\hat{a} \square \square \hat{A} \times \mathbb{R} = \mathbb{R} \times \mathbb{R} \times$ jeweils mwN). Bereits daran fehlt es hier bezogen auf die Anwendung des §Â 106 Abs 2 Satz 7 Halbsatz 2 SGB V aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 2) auf MaÃ∏nahmen der Beratung (vgl oben aa, RdNr 22).

Â

25

Vorliegend kommt hinzu, dass den Gesetzgebungsmaterialien keine von Gesetzeswortlaut und Systematik abweichende eindeutige Aussage des Inhalts entnommen werden kann, dass die Ausschlussfrist von zwei Jahren auch auf die Festsetzung einer Beratung zu erstrecken sei. Sie sind deshalb få¼r die Auslegung wenig ergiebig. Das LSG hat sich mit seiner Auffassung, nach der die zweijĤhrige Ausschlussfrist des <u>§Â 106 Abs 2 Satz 7 Halbsatz 2 SGBÂ V</u> aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 2) auch auf Beratungen zu beziehen sei, auf eine Passage in der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur StĤrkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung  $(BT\hat{a} \sqcap Drucks\ 16/3100,\ S\hat{A}\ 136)$  gest $\tilde{A}\frac{1}{4}$ tzt, in der ua ausgef $\tilde{A}\frac{1}{4}$ hrt wird, dass â∏Zeiträume von mehr als zwei Jahren zwischen dem geprÃ⅓ften Verordnungszeitraum und dem Abschluss der Prüfung [â∏¦] für die Betroffenen unzumutbarâ∏∏ seien. Diese Textpassage, die nicht zwischen unterschiedlichen Ma̸nahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung und auch nicht zwischen Regress und Beratung differenziert, bezieht sich zwar ersichtlich auf die im Gesetzentwurf unter Art 1 Nr 72 Buchst b Doppelbuchst cc vorgesehene Regelung zur Reduzierung der Ausschlussfrist auf zwei Jahre (§Â 106 Abs 2 Satz 7 Halbsatz 2 SGB V aF; in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 2). Allerdings muss sie im Zusammenhang betrachtet werden. Da sich §Â 106 Abs 2 Satz 7 Halbsatz 2 SGB V aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 2) zweifellos allein auf die RichtgrĶÄ∏enprļfung, nicht aber auf alle anderen Formen der Wirtschaftlichkeitsprļfung bezog, kann auch unter

Berücksichtigung der wenig differenzierten Formulierung aus der Gesetzesbegründung nicht angenommen werden, dass Zeiträume von mehr als zwei Jahren zwischen dem geprüften Verordnungszeitraum und dem Abschluss der Prüfung aus Sicht des Gesetzgebers generell als unzumutbar anzusehen sind. Zudem ist der vorangegangene Absatz der Gesetzesbegründung, der sich auf die Begrenzung der Zahl der zu prüfenden Ã∏rzte (in der Regel nicht mehr als 5 vH der ̸rzte einer Fachgruppe, §Â 106 Abs 2 Satz 7 Halbsatz 1 SGBÂ V aF, in der SatzzÃxhlung nach juris Abs 2 Satz 2 Halbsatz 1) bezieht, geeignet, Zweifel daran zu begrù⁄4nden, dass die Festsetzung einer Beratung als MaÃ∏nahme der Wirtschaftlichkeitsprļfung bei der Formulierung der Gesetzesbegrļndung zu <u>§Â 106 Abs 2 Satz 7 SGB V</u> aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2) überhaupt in den Blick genommen wurde (BTâ∏Drucks 16/3100, SÂ 136). Dort hei̸t es: â∏Nach den Vorschriften des §Â 106 Abs. 5a in Verbindung mit §Â 84 Abs. 6 Satz 4 Iöst eine Ã∏berschreitung des RichtgröÃ∏envolumens um mehr als 25Â Prozent einen Regress aus, soweit diese nicht durch Praxisbesonderheiten begründet ist. Durch die Neuregelung soll erreicht werden, dass die Prüfgremien die Zahl entsprechender Prüfverfahren in der Regel auf 5 Prozent der betroffenen Ã∏rzte der jeweiligen Arztgruppe beschränken soll.â∏∏ Diese AusfÃ1/4hrungen legen nahe, dass die Formulierung in der Gesetzesbegründung zu <u>§Â 106 Abs 2 Satz 7 SGB V</u> aF (in der Satzzählung nach juris Abs 2 Satz 2) insgesamt auf den Regress wegen Ã∏berschreitung des RichtgrĶÄ

envolumens bezogen werden mÃ

sen. Vor diesem Hintergrund kann der Senat der nachfolgenden Formulierung, nach der mehr als zwei Jahre zwischen dem geprüften Versordnungszeitraum und dem Abschluss der Prüfung für die Betroffenen unzumutbar sein sollen, nicht entnehmen, dass dies nach den Vorstellungen des Gesetzgebers auch für die â∏ in §Â 106 Abs 1a SGBÂ V aF eigenständig geregelte â∏ Beratung gelten mù¼sse.

Â

26

dd)Â Im Ã\[Brigen spricht auch die weitere Gesetzesentwicklung gegen eine unmittelbare oder analoge Anwendung der fÃ\]/4r den RichtgrÃ\[A\] enregress getroffenen Regelung zur Ausschlussfrist auf die Festsetzung einer Beratung.

Â

27

Nach §Â 106 Abs 3 Satz 3 SGB V in der seit dem 11.5.2019 geltenden Fassung des TSVG vom 6.5.2019 (BGBl I 646) gilt nunmehr eine Ausschlussfrist von zwei Jahren nicht allein für den RichtgröÃ∏enregress, sondern generell für die â∏Festsetzung einer Nachforderung oder einer Kürzungâ∏. Dabei ist es bezogen auf die von Amts wegen durchzuführenden Prüfungen auch nach den Ã∏nderungen durch das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) vom 11.7.2021 (BGBl I 2754) geblieben. Lediglich die Antragsfrist des §Â 106 Abs 3 Satz 4 SGB V idF des GVWG bezieht sich nicht allein auf die

â∏Festsetzung einer Nachforderung oder einer Kürzungâ∏, sondern allgemein auf â∏Wirtschaftlichkeitsprüfungenâ∏, die aufgrund eines Antrags erfolgen. Damit gibt es weiterhin keine Hinweise dafür, dass die auf zwei Jahre verkürzte Ausschlussfrist auf die Festsetzung einer Beratung zu erstrecken wäre. Die neu in das Gesetz aufgenommene Wendung â∏Festsetzung einer Nachforderung oder einer Kürzungâ∏ kann vielmehr als Bestätigung dafür verstanden werden, dass die Festsetzung einer Beratung weiterhin nicht von der zweijĤhrigen Ausschlussfrist erfasst wird. Dass bei VerstöÃ∏en gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot auch andere MaÃ⊓nahmen als die Festsetzung einer Nachforderung oder Kýrzung in Betracht kommen, folgt deutlich aus dem bereits mit dem GKVâ∏∏VSG mWv 1.1.2017 eingeführten <u>§Â 106 Abs 3 Satz 2 SGBÂ V</u> . Danach â∏kannâ∏ eine MaÃ∏nahme â∏insbesondere auch die Festsetzung einer Nachforderung oder einer Kürzungâ∏∏ sein. Wenn dennoch im unmittelbar folgenden Satz 3 der Vorschrift (in der seit dem 11.5.2019 geltenden Fassung des TSVG) die Ausschlussfrist von zwei Jahren bzw â∏∏ seit den Ã∏nderungen durch das GVWG â∏∏ für antragsabhängige MaÃ∏nahmen von 12 Monaten nach Ablauf der Antragsfrist ausdrücklich auf â□□Nachforderungen und Kürzungenâ∏ bezogen wird, dann können die genannten Ausschlussfristen nicht für andere als die konkret bezeichneten MaÃ∏nahmen der Wirtschaftlichkeitsprļfung gelten.

Â

28

c) Entgegen der Auffassung des LSG verstöÃ∏t die vierjährige Ausschlussfrist für die Beratung auch nicht gegen das Gebot der Rechtssicherheit aus Art 20 Abs 3 GG. Aus diesem Gebot folgt zwar in Ã\|\text{bereinstimmung mit dem LSG (vgl)} Urteilsumdruck S 13, juris RdNr 35), dass MaÃ□nahmen der Wirtschaftlichkeitsprļfung, zu denen auch die Festsetzung der Beratung gehĶrt, nicht zeitlich unbegrenzt festgesetzt werden dürfen, weil es für den Vertragsarzt unzumutbar ist, über einen längeren Zeitraum hinweg nicht zu wissen, ob sein Behandlungsâ∏ bzw Verordnungsverhalten Gegenstand von MaÃ∏nahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung ist (vgl BSG Urteil vom 16.6.1993 â∏ 14a/6Â RKa 37/91 â∏∏ BSGE 72, 271, 275 ff = SozR 3â∏∏2500 §Â 106 Nr 19 SÂ 109Â ff, juris RdNr 23Â ff; BSG Urteil vom 5.5.2010 â∏DÂ BÂ 6Â KA 5/09Â RÂ â∏∏ SozR 4â⊓∏2500 §Â 106 Nr 28 RdNr 28 f; BSG Urteil vom 28.10.2015 â∏∏ <u>BÂ 6Â KA</u> <u>45/14 R</u> â∏∏ SozR 4â∏∏2500 §Â 106 Nr 53 RdNr 26; vgl oben RdNr 18Â f). Das bedeutet indes nicht, dass fýr die Beratung aus verfassungsrechtlichen Gründen stets die gleiche Ausschlussfrist wie für den â∏∏ in die Rechte des Betroffenen typischerweise intensiver eingreifenden â∏ Regress gelten müsste. Es gibt keine verfassungsrechtlichen Vorgaben, die den Gesetzgeber daran hindern würden, die in der Rechtsprechung in Anlehnung an die sozialrechtlichen Regelungen zur Verjährung (vgl BSG Urteil vom 16.6.1993 â∏ 14a/6Â RKa 37/91  $\hat{A} = \hat{A} =$ RdNr 30) bemessene Ausschlussfrist für bestimmte MaÃ∏nahmen der Wirtschaftlichkeitsprå¼fung abweichend festzulegen. Dabei kommt dem Gesetzgeber ein weiter Gestaltungsspielraum zu. Daher teilt der erkennende Senat

nicht die Auffassung des LSG (vgl Urteilsumdruck S 13, juris RdNr 36), nach der die Ausschlussfrist fýr den Regress bei Beachtung des Gebots der Rechtssicherheit nicht anders bemessen werden dýrfte, als für die Festsetzung einer Beratung (zur RechtmäÃ $\square$ igkeit der bloÃ $\square$ en Feststellung einer nicht durch Praxisbesonderheiten gerechtfertigten Ã $\square$ berschreitung des RichtgröÃ $\square$ envolumens um 25 vH nach Ablauf der fýr den RichtgröÃ $\square$ enregress geltenden zweijährigen Ausschlussfrist vgl bereits BSG Urteil vom 22.10.2014 â $\square$ 0Â BÂ 6Â KA 3/14Â RÂ â $\square$ 1 BSGE 117, 149 =Â SozR 4â $\square$ 12500 §Â 106 Nr 48, RdNr 80).

Â

29

Von dem ihm zukommenden Spielraum hat der Gesetzgeber bezogen auf den hier ma $\tilde{A}$  gebenden  $Pr\tilde{A}$  fzeitraum des Jahres 2011 in der Weise Gebrauch gemacht, dass er die nach stRspr beim Fehlen abweichender Regelungen geltende vierj $\tilde{A}$  hrige Ausschlussfrist speziell  $f\tilde{A}$  die Festsetzung eines den Krankenkassen zu erstattenden Mehraufwands wegen  $\tilde{A}$  berschreitung der Richtgr $\tilde{A}$   $\tilde{A}$  envolumina nach  $\tilde{A}$   $\tilde{A}$ 

Â

30

4. Die hiernach maÃ $\Box$ gebliche Frist von vier Jahren ist gewahrt. Sie begann mit dem Ende des PrÃ $\checkmark$ 4fzeitraums, hier also des Jahres 2011 (vgl BSG Urteil vom 18.8.2010 â $\Box$  $\Box$  BÂ 6Â KA 14/09Â RÂ â $\Box$  $\Box$  SozR 4â $\Box$  $\Box$ 2500 §Â 106 Nr 29 RdNr 29Â ff, 34). Zur Fristwahrung genÃ $\checkmark$ 4gte die Bekanntgabe des Bescheids der PrÃ $\checkmark$ 4fungsstelle (vgl BSG Beschluss vom 11.5.2011 â $\Box$  $\Box$  BÂ 6Â KA 5/11Â BÂ â $\Box$ 0 juris RdNr 8; BSG Urteil vom 13.8.2014 â $\Box$  $\Box$  BÂ 6Â KA 41/13Â RÂ â $\Box$ 0 SozR 4â $\Box$ 0 2500 §Â 106 Nr 46 RdNr 29; zuletzt BSG Urteil vom 13.5.2020 â $\Box$  $\Box$  BÂ 6Â KA 25/19Â RÂ â $\Box$ 0 SozR 4â $\Box$ 0 2500 §Â 106 Nr 63 RdNr 56). Der hier maÃ $\Box$ 9 gebende Bescheid der PrÃ $\checkmark$ 4fungsstelle vom 12.3.2015 ist der KlÃx9 gerin jedenfalls noch im Jahr 2015 bekannt gegeben worden.

Â

31

C. Steht die maà gebliche Ausschlussfrist der Festsetzung einer Beratung

hiernach nicht entgegen, hängt die RechtmäÃ∏igkeit der Beratung von der Erfüllung der materiellen Voraussetzungen des <u>§Â 106 Abs 5a Satz 1</u> und 2 iVm Abs 1a SGB V aF ab. Ob diese erfüllt sind, kann der Senat nicht abschlieÃ⊓end beurteilen. Nach §Â 106 Abs 5a Satz 1 und 2 SGBÂ V aF erfolgt eine Beratung nach <u>§Â 106 Abs 1a SGBÂ V</u> aF, wenn das Verordnungsvolumen eines Arztes in einem Kalenderjahr das RichtgröÃ∏envolumen um mehr als 15 vH übersteigt und aufgrund der vorliegenden Daten die Prüfungsstelle nicht davon ausgeht, dass die Ä\|Derschreitung in vollem Umfang durch Praxisbesonderheiten begrýndet ist. Die nach §Â 84 Abs 6 SGBÂ V aF zur Bestimmung der RichtgröÃ∏en verwendeten MaÃ∏stäbe können zur Feststellung von Praxisbesonderheiten nicht erneut herangezogen werden. GemĤÃ∏ <u>§Â 106</u> Abs 1a SGB V aF bezieht sich die Beratung auf Wirtschaftlichkeit und Qualität der Versorgung. Sie erfolgt anhand von ̸bersichten über die vom Arzt im Prýfzeitraum verordneten oder veranlassten Leistungen. Feststellungen hierzu hat das LSG nicht getroffen; diese wird es im wiedererĶffneten Berufungsverfahren nachzuholen haben.

Â

32

D. Das LSG wird auch über die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden und dabei zu berücksichtigen haben, dass die Prüfungsstelle die aus §Â 24 Abs 1 SGB X folgende Verpflichtung zur Anhörung der Klägerin vor Erlass des belastenden Bescheides vom 12.3.2015 verletzt hat (vgl BSG Urteil vom 24.10.2018 â∏ BÂ 6Â KA 34/17Â RÂ â∏ BSGE 127, 33 =Â SozR 4â∏2500 §Â 106d Nr 2, RdNr 37; BSG Urteil vom 13.2.2019 â∏ BÂ 6Â KA 56/17Â RÂ â∏ SozR 4â∏5531 SozR 8 SozR 4â∏2500 §Â 101 SozR 8 SozR 9 SozR

Â

Erstellt am: 18.08.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024